



**Statements anlässlich der Pressekonferenz
zur Situation bei Volkswagen und Porsche**

am 23. Juli 2009 in Frankfurt am Main

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

1. Berthold Huber

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den zurückliegenden Wochen standen die Unternehmen Volkswagen und Porsche im Fokus der Öffentlichkeit. Und das nicht unbedingt wegen ihrer Produkte.

Lassen Sie mich daher eingangs eines betonen: Beim Zusammengehen von Volkswagen und Porsche darf es bei den Arbeitnehmern nur Gewinner geben. Alles andere werden wir als IG Metall nicht akzeptieren. Denn weder die Arbeitnehmer von Volkswagen – noch die von Porsche – haben die derzeitige Situation verursacht. Aber sie wollen dennoch dazu beitragen, die Arbeitsplätze durch eine konstruktive Mitarbeit an einem integrierten Automobilkonzern weiter zu stärken. Denn beide Belegschaften leisten in der derzeitigen Finanzkrise Außergewöhnliches und behaupten sich mit ihren Produkten trotz widriger Bedingungen erfolgreich. Und dies, meine Damen und Herren, ist die Grundlage für den Erfolg von Automobilherstellern: Die Entwicklung, der Bau und der Vertrieb von Automobilen. Und darauf wollen sich die Arbeitnehmer nun endlich wieder konzentrieren.

Mit den Entscheidungen, die gestern und heute gefällt wurden, ist der Weg zur Bildung eines integrierten Automobilkonzerns von Volkswagen und Porsche frei. Den Entschluss von Herrn Dr. Wiedeking und Herrn Härter respektieren wir. Wir begrüßen es, dass Herr Wiedeking auf einen Großteil seiner ihm vertraglich zustehenden Abfindung verzichtet. Das gilt auch für die Bereitschaft, 25 Millionen Euro für eine Stiftung zur Verfügung zu stellen, die die sozial gerechte Entwicklung an allen Porsche-Standorte unterstützen soll.

Es geht nun in den kommenden Wochen darum, ein industrielles und finanzielles Gesamtkonzept in einer Grundlagenvereinbarung festzuzurren. Diese muss die Interessen aller Parteien berücksichtigen. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Volkswagen und von Porsche gleichermaßen von einem solchen Prozess profitieren.

Die IG Metall begrüßt das Zusammengehen der beiden Unternehmen zu einem integrierten Konzern als eine tragfähige Lösung. Wir sind bereit, uns konstruktiv an dem bevorstehenden Prozess zu beteiligen. Die Arbeitnehmerseite knüpft an die Errichtung eines integrierten Konzerns eine Reihe von wichtigen Bedingungen und Anforderungen. Diese Punkte möchten wir Ihnen gemeinsam vorstellen.

Ich möchte mich dabei auf den folgenden Punkt konzentrieren:

Die gemeinsame Entwicklung, die vor den beiden Unternehmen liegt, birgt eine Reihe von Chancen für die Arbeitnehmer. Eine dieser Chancen sehe ich darin, die Beteiligung der Beschäftigten im Unternehmen auszubauen. Neben der erweiterten Mitbestimmung streben wir die Beteiligung der Mitarbeiter am Kapital an. Wir wollen, dass die Belegschaften mit einem nennenswerten Anteil am neuen integrierten Konzern von Volkswagen und Porsche beteiligt werden. Diese Mitarbeiterkapitalbeteiligung soll in einer separaten Einheit gebündelt werden, damit die Belegschaft auch als Aktionär ihre Interessen auf Hauptversammlungen vertreten kann. Die Dividenden, die daraus entstehen, sollen allen Belegschaften zu Gute kommen. Ich bin sicher, dort, wo Menschen an Entscheidungen mitwirken und mitbestimmen können, aber auch am Unternehmen beteiligt sind, wirkt sich das förderlich auf die gesamte Entwicklung des Unternehmens aus.

Die weiteren Anforderungen erläutern Ihnen jetzt meine Kollegen Uwe Hück und Bernd Osterloh:

2. Uwe Hück

Meine Damen und Herren,

für uns ist ganz klar, dass Porsche Porsche ist. Und bleibt. Wir wollen deshalb im künftigen integrierten Automobilkonzern die gleichen Rechte haben, wie beispielsweise Audi. Wir wollen auch weiterhin die unternehmerische Eigenständigkeit der Porsche AG gewährleisten. Unser Aufsichtsrat soll erhalten bleiben und auch in Zukunft die für Porsche wichtigen Entscheidungen zu Investitionen und Modellen unabhängig treffen.

Oberste Priorität hat bei einem Zusammengehen mit Volkswagen die Beschäftigungssicherung. In keinem Fall darf es negative Effekte für die Beschäftigten geben, wenn die Unternehmen Synergiepotentiale nutzen. Deshalb ist es unser gemeinsames Ziel, Beschäftigungssicherung für Volkswagen, Audi und Porsche zu vereinbaren.

Der zweite wesentliche Punkt ist, dass wir erwarten, dass die Eigentümerfamilien von Porsche einen finanziellen Beitrag leisten. Wir werden es nicht zulassen, dass sich die

Milliardäre auf dem Rücken der Arbeitnehmer, die sie mit ihrer Arbeit reich gemacht haben, entschulden.

Und ebenso wollen wir gemeinsam das VW-Gesetz erhalten. An dieser Stelle möchte ich zu meinem Kollegen Bernd Osterloh überleiten.

3. Bernd Osterloh

Meine Damen und Herren,

der Kollege Hück hat den dritten unserer Forderungspunkte bereits genannt. Das VW-Gesetz. Die Regelungen des VW-Gesetzes müssen unverändert ihre Gültigkeit haben. Wir haben diese Regelungen stets für alle Marken angewandt. Und werden dies auch für Porsche tun.

Uns als Arbeitnehmersvertreter geht es darum, die Beschäftigten durch möglichst starke Mitbestimmungsstrukturen abzusichern. Das VW-Gesetz und seine Regelungen sind beispielhaft und wir werden sie nicht antasten lassen.

Ebenso wollen wir langfristig sichergestellt wissen, dass die Familien Piech und Porsche Abstand davon nehmen, Volkswagen zu übernehmen und einen Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrag abzuschließen.

Es geht jetzt darum, eine faire Partnerschaft zwischen Volkswagen und Porsche zu schmieden, bei der alle Kolleginnen und Kollegen Gewinner sein müssen. Volkswagen steht für sichere Arbeitsplätze und eine faire Beteiligungskultur aller Arbeitnehmer. Wir arbeiten schon heute eng mit unseren Kollegen zusammen. Nächste Woche trifft sich der SE-Betriebsrat der Porsche Automobil Holding SE. Arbeitnehmersvertreter der europäischen Standorte des Volkswagen Konzerns treffen sich dann mit Arbeitnehmersvertretern von Porsche. Dort werden wir gemeinsam die anstehenden Schritte diskutieren.

Die Anteilseigner und die Unternehmen Porsche und Volkswagen können sich darauf verlassen, dass wir im Sinne der Belegschaften engagiert und verantwortungsbewusst verhandeln werden. Wir stimmen einem Gesamtkonzept nur zu, wenn es Chancen für die Arbeitnehmer eröffnet.